

# Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Ale.

IV. Jahrgang.

Berlin, Freitag, den 12. Juni 1885.

№ 61.

## Die Wahlen in Oesterreich.

Seit dem Bestehen des Wahlreformgesetzes vom 2. April 1873, welches dem Einheitsgedanken der österreichischen Monarchie einen entsprechenden Ausdruck gab und für die ganze Monarchie eine gemeinsame, direct gewählte Vertretung schuf, haben jetzt — da die österreichische Legislaturperiode sechs Jahre dauert — erst zum dritten Mal Wahlen für die Erneuerung des Reichsraths stattgefunden. Diese letzten Wahlen, die jetzt als abgeschlossen gelten können, haben ein dem Wahlergebnisse vom Jahre 1879 entsprechendes Ergebnis gehabt, indem die Deutschliberalen abermals in der Minderheit geblieben sind und sogar eine weitere Einbuße erlitten haben, während die Regierungspartei, in welcher sich die Clerikalen und die Vertreter der nichtdeutschen Nationalitäten zusammenfinden, die Oberhand behalten hat und somit die auf eine Ausöhnung der nationalen Gegensätze und auf eine Berücksichtigung der nationalen Interessen gerichtete Regierungspolitik von Neuem befestigt worden ist. Freilich, die auf dieser Seite bestehenden Hoffnungen, eine Zweidrittelmajorität zu erlangen, sind nicht verwirklicht worden: die Deutschliberalen werden mindestens 132 von 353 Sitzen in dem neuen Reichsrath inne haben.

In Wiener liberalen Blättern und nach dem Vorbilde derselben auch in deutschen liberalen Zeitungen klagt man über den Rückgang des Einflusses des Deutschthums in Oesterreich und sieht durch das jetzige Wahlergebnisse die Herrschaft der slavischen Nationalitäten als gesichert an. Daß dies aber in erster Linie die Schuld der Vertreter der deutschen Nationalität ist, scheint ihnen nicht in den Sinn zu kommen. Bei der gemischten Bevölkerung in Oesterreich ist das letzte Ziel der Parteien naturgemäß auf Geltendmachung der verschiedenen nationalen Interessen gerichtet, der ererbte historische Einfluß muß seine Berechtigung nachweisen und zeigen, daß er auch das Zeug dazu hat, der herrschende zu sein. Mit den ersten Wahlen im Jahre 1873 triumphten die Deutschen kraft der historischen Traditionen des Gesamtstaates, kraft der damals noch in hohem Ansehen stehenden liberalen Ideen, in deren Dienst sie standen, und durch die Enthaltenspolitik der Tschechen, welche der Krone Böhmen eine Sonderstellung neben Oesterreich und so auch im österreichischen Reichsrath angewiesen sehen wollten, die allgemeinen von der Centralstelle aus mit Umgehung der Krone Böhmen ausgeschriebenen Wahlen als eine Verletzung des böhmischen Staatsrechts betrachteten und in Folge dessen dem Reichsrath fern blieben. Das Uebergewicht der Deutschen im Reichsrath war so ein vollständiges. Indes, diese waren sich der Aufgaben, welche ihre Nationalität an sie stellte, und der Gefahren, welche ihrer Nationalität früher oder später von den Tschechen, Polen und Ruthenen drohten, nicht bewußt, sondern veranlaßten sich in die Idee der vermeintlichen Vervollkommnung der constitutionellen Verhältnisse und der Erhöhung der Macht des Parlaments, und statt das aus ihnen hervorgegangene Ministerium Luersperg-Lasser zu unterstützen, ließen sie es aus liberalen Gründen bei den wichtigsten Fragen im Stich, so daß das Ministerium sich gezwungen sah, die fehlenden Stimmen, welche die deutsch-liberale Oppositionslust ihm vorenthielt, bei den Polen zu suchen. Diese für sie günstige Gelegenheit mußten die Polen in geschickter Weise auszunutzen. Somit hatten die Deutsch-Liberalen durch ihr Verhalten nicht nur der polnischen Nationalität Vortheile verschafft, sondern den Liberalismus selbst in Mißcredit gebracht. Was den Polen gelungen war, hofften nun auch die Tschechen durch ihren Eintritt in's Parlament erreichen zu können. Die Wahlen von 1879 brachten dem deutsch-liberalen Element, welches in seiner Kopflosigkeit sogar die auswärtige Politik des Kaisers zu bekämpfen für gut befunden hatte, nicht unerheblichen Rückgang, und den

thatsächlichen Verhältnissen entsprechend übernahm nach dem Rücktritt des liberalen Ministeriums, welches die Liberalen gestützt hatten, Graf Taaffe die Leitung der österreichischen Staatsangelegenheiten, um die anderen Nationalitäten ihrer Bedeutung im Parlamente gemäß auszusöhnen und die Gegensätze möglichst zum Wohle des Gesamtstaates auszugleichen.

In diesen sechs Jahren ist nun von deutschliberaler Seite nichts geschehen, um den verloren gegangenen Einfluß wiederzugewinnen. An Klagen, Beschwerden, Vorwürfen, liberalen Bestrebungen hat es von ihrer Seite zwar nicht gefehlt, aber weder waren sie unter sich einig, noch haben sie sich mit den anderen deutschen conservativen Elementen zu verbinden verstanden, — sie lebten von dem Ruhm vergangener Tage und glaubten, daß der Liberalismus ein Talisman sei, der sie schließlich doch zu den höchsten Zielen führen und der deutschen Nationalität den Sieg verleihen würde. Das gegenwärtige Wahlergebnisse ist eine Quittung für dieses Verhalten. Ob die Deutschliberalen daraus eine Lehre für die Zukunft ziehen werden, ist fraglich. Jedenfalls zeigen die Verhältnisse in Oesterreich, so verschieden sie auch von den unsrigen sind, daß der Liberalismus mit seinem Constitutionalismus auch dort ausgespielt und daß die Politik der realen Interessen die Oberhand gewonnen hat.

## Das Ministerium Gladstone

hat am 8. Juni im Unterhause eine Niederlage erlitten, welche es — englischem Brauche gemäß — veranlaßt hat, seine Demission einzureichen. Fraglich ist noch, ob das Entlassungsgesuch von der Königin angenommen und ein conservatives Ministerium mit Lord Salisbury oder Sir Stafford Northcote an der Spitze gebildet werden wird. Der Gegenstand, bei welchem das liberale Ministerium mit 252 gegen 264 Stimmen in der Minderheit blieb, war eine Budgetfrage: zur Deckung des jüngst erst fast einstimmig bewilligten, für Vertheidigungszwecke bestimmten Elfmillionen-Credits hatte die Regierung eine Erhöhung der Spiritus- und Biersteuer vorgeschlagen. Indem die conservative Partei und auch einige Liberale gegen diesen Vorschlag stimmten, haben sie nicht nur dem Prinzip der Erhöhung der indirecten Steuer, sondern indirect auch der auswärtigen Politik des Ministeriums Gladstone, welche jenen Elfmillionen-Credit nöthig gemacht hatte, entgegneten wollen. In Wahrheit ist also Gladstone an seiner auswärtigen Politik gescheitert, wiewohl die Budgetfrage die äußere Handhabe dazu bot. Wiederholte Anträge auf directe Ertheilung eines Mißtrauensvotums gegenüber dieser Politik waren zwar im Oberhause angenommen, aber vom Unterhause stets, wenn auch nur mit einer knappen Majorität abgelehnt worden: im Februar 1884 siegte Gladstone noch mit 49 Stimmen über seine Gegner, Ende Februar 1885 nur noch mit 18 Stimmen, erst die mit der auswärtigen Politik verbundene Budgetfrage brachte ihm die Niederlage bei, welche ihn zur Niederlegung seines Portefeuilles veranlaßte. Es wird berichtet, daß viele liberale Mitglieder des Unterhauses unentschuldig gefehlt hätten und daß nur dieser Umstand seine Niederlage verschuldet habe. Wie dem aber auch sei, die Ursache des Sturzes des Cabinets Gladstone wird von den Blättern in der auswärtigen Politik gesucht.

Als Gladstone im April 1880 aus dem damaligen für die liberale Partei günstigen Wahlergebnisse als Sieger hervorging und die Regierung übernahm, hatte Englands auswärtige Politik unter dem Cabinet Beaconsfield einen großen Aufschwung genommen, welcher die Niederlage des conservativen Cabinets durch die Wahlen um so überraschender erscheinen ließ. Das liberale Cabinet wollte seinerseits der bisherigen Politik entgegengelegte Grundsätze zur Geltung bringen; es wollte als eine

Stütze der unterdrückten Völkerschaften im Orient, in Südafrika und Afghanistan erscheinen. Es wurde mit Sympathien und Hoffnungen in Rußland und in Frankreich aufgenommen, während es sich zu dem deutsch-österreichischen Bunde — dessen Ankündigung der conservative Lord Salisbury noch im Herbst 1879 als eine „frohe Botschaft“ bezeichnet hatte — minder freundlich stellen zu wollen schien. Heute — fünf Jahre nach seinem Antritt — kann das Cabinet Gladstone von einer auch nur partiellen Durchführung seines Programms, von irgend welchem Erfolge seiner Politik nicht reden: die Verhältnisse und Interessen Englands und Europas sind eben stärker gewesen als die auf liberalen Doctrinen aufgebauten Programmforderungen. Gladstone hat allerdings Frieden mit Transvaal und Afghanistan gemacht und letzteres scheinbar enger an sich geknüpft. Aber die Politik der Befreiung der unterjochten Völkerschaften ist in Egypten zu Schanden geworden: England hat, erst in Gemeinschaft mit Frankreich, dann allein, seinen Einfluß in Egypten durch militärische Maßregeln zu befestigen gesucht, aber auch die südlichen arabischen Stämme zu einem Aufstande nachgerufen, dessen es vergeblich Herr zu werden suchte und den es jetzt — nach dem Fall von Khartum und dem Tode Gordons — sich selbst zu überlassen beschlossen hat. Das freundschaftliche Verhältnis mit Frankreich ist Egyptens wegen nicht ungetrübt geblieben und diese Trübung hat, wie aus verschiedenen öffentlichen Rundge- hungen hervorgeht, indirect zu einer Annäherung Frankreichs und Deutschlands Anlaß gegeben. Ebenso hat es das in Rußland mit so warmen Sympathien begrüßte liberale Cabinet auch nicht vermeiden können, mit dem russischen Kaiserreich in einen ernstesten Conflict zu gerathen. Die Schwierigkeiten, die es der deutschen Colonialpolitik bereitete, führten indeß nur zu vorübergehenden Verstimmungen, welche zu beiderseitiger Zufriedenheit ausgeglichen zu sein scheinen.

In England hat man schon seit längerer Zeit die Ueberzeugung, daß weder die Grundsätze des auf die auswärtige Politik bezüglichen Programms des Cabinets Gladstone in dieser schwierigen Zeit den Interessen Englands entsprechen, noch daß Gladstones Hand geschickt genug war, den Schwierigkeiten, die dem britischen Reiche erwachsen sind, zu begegnen. In Europa hat sich das Cabinet keine neuen Freunde erworben, seine früheren Freunde nicht zu erhalten gewußt, wiewohl es dem europäischen Frieden nicht directe Schädigungen — wie theilweis befürchtet wurde — zuzufügen im Stande war.

### Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Das Abgeordnetenhaus hatte in seiner 53. Sitzung auf Antrag des Abg. von Egnern beschlossen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für diejenigen Städte, in welchen die örtliche Polizeiverwaltung durch besondere Staatsbeamte geführt wird, die Beitragspflicht zu den Kosten dieser Verwaltung unter Aufhebung des § 3 des Gesetzes vom 11. März 1850 für Staat und Gemeinden neuregelt wird. Aus Anlaß dieses Beschlusses hat der Minister des Innern die königlichen Regierungspräsidenten bezw. Regierungen veranlaßt, im Betreff der bez. königlichen Polizei-Verwaltungen specielle Erhebungen anzustellen, welche ordentlichen Einnahmen und Ausgaben aus der Ortspolizei für den Staat und die Gemeinde in den letzten drei Etatsjahren sich rechnungsmäßig ergeben haben und welche außerordentlichen Aufwendungen beide Theile in den letzten zehn Jahren für ortspolizeiliche Zwecke zu machen genöthigt gewesen sind. Die Resultate dieser Erhebungen sollen nach einem bestimmten Schema aufgezeichnet und genau nach bestimmten Kategorien rubricirt werden.

Aus der unter dem Namen „Jacob Salingsche Stiftung“ für Studierende der königl. Gewerbe-Akademie, jetzt Fachabtheilung III und IV der königlich technischen Hochschule in Berlin begründeten Stipendienstiftung sind vom 1. Oct. d. J. ab zwei Stipendien in Höhe von je 600 M an Studierende, welche dem Preussischen Staatsverbande angehören, durch den Kultusminister zu vergeben, und zwar unter denselben Bedingungen, unter welchen die Staatsstipendien an Studierende der genannten Anstalt bewilligt werden. Es können daher nur solche Bewerber zugelassen werden, welchen, wenn sie die Abgangsprüfung auf einer Gewerbeschule abgelegt haben, das Prädicat „mit Auszeichnung bestanden“ zu Theil geworden ist, oder wenn sie mit dem Zeugniß der Reife von einer Realschule oder einem Gymnasium versehen sind, zugleich aber nachzuweisen vermögen, daß sie sich durch vor-

zügliche Leistungen und hervorragende Fähigkeiten ausgezeichnet haben. Gesuche sind an diejenige königl. Regierung, bezw. Landdrostei zu richten, zu deren Bezirke das Domicil des Bewerbers gehört. Beizulegen ist 1. ein Geburtschein, 2. ein Gesundheitsattest darüber, daß der Bewerber die körperliche Tüchtigkeit für die praktische Ausübung des von ihm erwählten Gewerbes und für die Anstrengungen des Unterrichts der Anstalt besitze, 3. ein Zeugniß der Reife, 4. Zeugnisse über etwaige praktische Ausbildung, 5. ein Führungsattest, 6. Zeugniß der Ortsbehörde, bezw. des Vormundschaftsgerichtes über die Bedürftigkeit mit spezieller Angabe der Vermögensverhältnisse, 7. die Militärpapiere des Bewerbers, aus welchen hervorgehen muß, daß die Ableistung der Militärpflicht keine Unterbrechung des Unterrichts herbeiführen werde, 8. falls der Bewerber bereits Studirender der Gewerbeakademie, bezw. der III. und IV. Abtheilung der königl. technischen Hochschule in Berlin ist, ein vom Rektor der Anstalt auszustellendes Zeugniß über Fleiß, Fortschritte und Fähigkeiten des Bewerbers.

### Politische Tagesfragen.

Wie wir hören, ist die Kreis- und Provinzial-Ordnung für Hessen-Nassau von Sr. Majestät dem Kaiser Allerhöchst vollzogen worden und zwar die Kreisordnung unterm 7. Juni, die Provinzialordnung unterm 8. Juni.

Der Bundesrath hat am Donnerstag bezüglich der Petitionen wegen Einführung der Doppelwährung beschlossen, denselben keine Folge zu geben.

Die Lage der Landwirthschaft ist auch in Westpreußen, wie uns von dort geschrieben wird, bei den gedrückten Preisen der landwirthschaftlichen Producte fortgesetzt eine sehr bedrängte. Die Zollerhöhung auf landwirthschaftliche Producte hat namhafte Preissteigerungen noch nicht herbeigeführt. Vieh- und Getreidepreise sind andauernd niedrig und zeigen nur für Schweine eine geringe Steigerung, was auf die vorhandenen bedeutenden Kartoffelvorräthe, die zur Schweinemast verwertet werden und eine starke Nachfrage nach Mästungsmaterial hervorrufen, zurückzuführen ist. An Zwangsversteigerungen hat es auch im letzten Quartal nicht gefehlt. Im Kreise Marienburg wurden ein kleines und drei größere Grundstücke gerichtlich versteigert. Im Kreise Neustadt kamen drei größere Güter und ein Bauerhof, im Kreise Pr. Stargard zwei Bauergrundstücke zur gerichtlichen Versteigerung. In letzterem Kreise wurde über ein größeres Gut, welches erst vor einem Jahre gerichtlich versteigert wurde, von Neuem die Sequestration eingeleitet. Diese Mittheilungen sprechen nicht dafür, daß die Vertheilungsverhältnisse des Grundbesitzes in Westpreußen, wie so oft behauptet wird, der Entwicklung des Bauernstandes nachtheilig sind, bestätigen vielmehr, daß die schwierigen Erwerbsverhältnisse der Landwirthschaft der Erhaltung des mittleren Besitzes ebenso wie der des großen Besitzes Hindernisse bereiten und daß dem Rückgange der bäuerlichen Besitzungen nicht durch eine künstliche Vermehrung derselben, sondern allein durch die Besserung der landwirthschaftlichen Produktionsbedingungen zu steuern ist. Verhältnißmäßig günstiger ist dagegen die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter. Dennoch — oder vielleicht eben deshalb — ist die Auswanderung ländlicher Arbeiter, namentlich in den Kreisen Berent und Pr. Stargard, nach Amerika immer noch eine starke, wiewohl sie gegen früher nachgelassen hat.

Auch aus Düsseldorf wird berichtet, daß die Hoffnungen der Landwirthschaft auf ein Steigen der Getreidepreise in Folge der neuerdings eingeführten Zollerhöhungen sich bisher nicht in einem bemerkbaren Maße verwirklicht haben. Man nimmt an, daß vor Eintritt des neuen Tarifs sehr umfangreiche Importe stattgefunden haben. Diese Annahme findet Bestätigung durch die statistischen Ermittlungen über den Getreideimport in ganz Deutschland während der ersten vier Monate dieses Jahres. Derselbe beträgt für Roggen 3,025,020 Doppelcentner gegen 2,642,277 im Vorjahr; für Weizen 3,980,188 gegen 2,110,463. Die colossale Mehreinfuhr fällt jedoch vorzugsweise auf die Monate Januar und Februar, wo zusammen an Roggen 816,000 Doppelcentner und an Weizen 2,072,000 Doppelcentner mehr eingeführt wurden, als im Januar und Februar des Vorjahres, während die Einfuhr an Roggen im März um 250,000 Doppelcentner gegen den März des Vorjahres und an Weizen um 75,000 Doppelcentner und im April die Einfuhr an Roggen um 184,000, an Weizen um 127,000 Doppelcentner gegen den April des Vorjahres geringer wurde. Immerhin beträgt das Mehr der Einfuhr für die ersten vier Monate gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres an Roggen 383,000 und an Weizen 1,870,000 Doppelcentner. Uebrigens beweist die große Mehreinfuhr im Januar und Februar, daß diejenigen im Unrecht waren, welche im Reichstage behaupteten, die Zollerhöhung habe die Geschäftswelt vollständig unbereitet getroffen.

## Politische Wochenschau.

### Aus dem Inlande.

Kaiser Wilhelm ist seit mehreren Tagen vollständig wiederhergestellt, so daß er bereits wiederholte Ausfahrten machen und die Regierungsgeschäfte im vollen Umfange erledigen konnte. Die Großherzogin von Baden, welche zur Pflege ihres Vaters in Berlin geblieben war, hat am Montag nach Karlsruhe zurückkehren können; es ist wahrscheinlich, daß nun auch der Kaiser seine übliche Sommerreise antreten und sich zunächst zur Kur nach Gmünd begeben wird. — Der Kronprinz wohnte am 6. der Leichenfeierlichkeit für den Fürsten Anton Karl von Hohenzollern in Sigmaringen bei, stattete am Tage darauf der Kaiserin in Baden-Baden einen Besuch ab und kehrte am Dienstag früh wieder nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück.

Der Bundesrath ist mit der Abwicklung rückständiger Verwaltungsangelegenheiten beschäftigt und wird wohl erst Ende dieses Monats in seiner Thätigkeit eine längere Pause eintreten lassen. Der Antrag Preußens wegen Ausschließung des Herzogs von Cumberland von der braunschweigischen Thronfolge ist bisher noch nicht erledigt worden, woraus indeß keinerlei politische Schlüsse zu ziehen sind: Preußen darf in dieser Angelegenheit der vollen Unterstützung und der Bundesstreue seiner Bundesgenossen sicher sein, welche bei der Alternative für Preußen oder für den Herzog von Cumberland auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein werden, für wen sie sich zu entscheiden haben. Die in der Presse fortgesetzten Agitationen und sophistischen und juristischen Deductionen, sowie die über die Haltung einzelner Regierungen verbreiteten tendenziösen Gerüchte werden nicht im Stande sein, die Angelegenheit und womöglich ganz Deutschland in ein welsches Fahrwasser zu lenken. Die preussische Regierung kann in voller Ruhe die Entscheidung abwarten, ohne der Presagitationen zu achten, deren Lebhaftigkeit zum Theil wohl auch auf die Ereignislosigkeit der gegenwärtigen Jahreszeit zurückzuführen ist. Von den Angelegenheiten, welche der Bundesrath in seiner Donnerstagsitzung erledigte, hatten die Eingaben wegen Einführung der Doppelwährung allgemeineres Interesse; der Bundesrath hat beschlossen, denselben keine Folge zu geben.

Von den größeren Früchten der hinter uns liegenden parlamentarischen Campagne ist nunmehr auch das Börsensteuergesetz, welches vom 29. Mai datirt, durch das Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden; desgleichen hat die Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau am 7. bzw. 8. Juni die Unterschrift des Kaisers erhalten. Auch das Volksschullehrergesetz ist, wie berichtet wird, vom König sanctionirt worden, und dürfte seine Publikation wohl binnen Kurzen bevorstehen. Das aus der Initiative des Abgeordnetenhauses hervorgegangene, vom Landtage angenommene Roth-Communalsteuergesetz ist jüngst dem Könige vom Staatsministerium zur Unterschrift vorgelegt worden.

In den Erörterungen der Presse über die Stellung der Parteien zu einander und über die bei den Wahlen zu beobachtende Haltung hat in den letzten Tagen namentlich das Verhältniß zwischen den Conservativen und den Nationalliberalen eine Rolle gespielt. Hierbei verdient hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Hannoverische Courier von einem Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Freisinnigen nichts wissen will, sondern auf das Entschiedenste ein Handinhandgehen mit den Conservativen betont. In conservativen Kreisen kann diese Auffassung nur Genugthuung hervorrufen, denn sie entspricht dem thatsächlich schon seit Jahr und Tag bestehenden freundschaftlichen Verhältniß, wenn freilich wohl zu erwarten ist, daß beide Parteien in einzelnen Fällen bei den Wahlen mehr den lokalen Bedürfnissen Rechnung tragen und ihre Taktik nicht immer den allgemeinen Gesichtspunkten unterordnen werden. Nachdem nun die Nationalliberalen als definitiv für den Freisinn verloren gegangen zu erachten sind, scheint dieser auf jegliche Annäherung nach dieser Seite hin verzichten zu wollen. Statt dessen rath die „Volkzeitung“, um zu retten, was zu retten ist, Anlehnung an die Socialdemokraten und den Ultramontanismus. Da die Freisinnigen schon bisher nach diesem Recept verfahren sind, wird es ihnen nicht schwer werden, in dieser Richtung weiter zu arbeiten, zumal die Ultramontanen ihnen schon längst ihre Arme geöffnet haben. Die Socialdemokratie kommt bei den Landtagswahlen weniger in Betracht, sie befindet sich auch jetzt in einem Zustande, welcher sie nicht geeignet macht, als Bundesgenosse in Aussicht genommen zu werden. Der Streit, welcher zwischen einzelnen Führern derselben ausgebrochen ist, hat immer weitere Dimensionen angenommen und beschäftigt die Socialdemokraten offenbar mehr als die Frage eines Bündnisses mit den Freisinnigen.

Am 8. Juni ist der neuorganisirte Provinzial-Landtag für die Provinz Hannover zusammengetreten, um die Wahl des Provinzialausschusses und Wahlen für verschiedene Functionen in der allgemeinen Verwaltung vorzunehmen, damit am 1. Juli die nunmehr für Hannover gültige Verwaltungs-Gesetzgebung in allen ihren Theilen voll in Kraft treten kann.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat einen Antrag wegen Verwendung der der Hauptstadt aus dem Gesetz Huene zuziehenden Summe von 1,325,665 M zur Abschaffung der Miethsteuer

für die untersten Klassen abgelehnt, wie es scheint, weil man der sog. Antikornzollbewegung kein Hinderniß bereiten will, was sicherlich geschehen würde, wenn die Erträge aus den Kornzöllen die ärmere hauptstädtische Bevölkerung von dem schweren Druck der auf ihr lastenden Miethsteuer befreien würden. Nichts kann besser als dies beweisen, wie sehr die Stadtverordneten-Versammlung im Dienste der Interessen des Fortschrittlertums steht.

### Aus dem Auslande.

Die seit Jahr und Tag angekündigte, immer aber wieder abgewandte Krisis des Ministeriums Gladstone ist nunmehr wirklich eingetreten und zwar nicht wegen seiner ägyptischen oder indischen Politik, sondern aus Anlaß einer Budgetfrage. Die für die Deckung der jüngst erst fast einstimmig bewilligten Elf-Millionen-Kriegsanleihe von der Regierung vorgeeschlagene Erhöhung der Bier- und Weinsteuern ist mit 264 gegen 252 Stimmen vom Unterhause abgelehnt worden und da Gladstone erklärt hatte, aus dieser Angelegenheit eine Kabinettsfrage machen zu wollen, hat das liberale Ministerium, welches seit fünf Jahren im Amte ist, der Königin seine Entlassung eingereicht. Eine Entscheidung über dieses Entlassungsgesuch ist noch nicht erfolgt, doch sind die Conservativen bereit, die Führung der Geschäfte zu übernehmen. Als der zukünftige Premier kommt nur eine Persönlichkeit in Betracht, Lord Salisbury, der frühere Minister des Auswärtigen unter dem Ministerium Beaconsfield, welcher mit diesem zugleich auf dem Berliner Congreß Großbritannien vertrat. So unerwartet der Sturz des Ministeriums Gladstone jetzt ist, so galt derselbe doch schon seit langer Zeit als unaufhaltbar; wenn er äußerlich an einer Budgetfrage zum Ausbruch kam, so kann dies doch Niemanden täuschen, daß die auswärtige Politik Gladstones die eigentliche Ursache seiner parlamentarischen Niederlage ist. Speziell sein Verhalten in der afghanischen Grenzfrage scheint große Unzufriedenheit hervorgerufen zu haben, was indirect der sympathische Empfang bestätigt, der dem aus Afghanistan in London soeben eingetroffenen englischen Grenzcommissar, Sir Peter Lumsden von der Londoner Bevölkerung bereitet worden ist. Das liberale Cabinet überläßt dem conservativen die schwierige Aufgabe, die Grenzfrage vollkommen zu regeln. Dagegen findet das letztere bezüglich der Verständigung mit Deutschland bezüglich der Colonialpolitik schon bestimmte Abmachungen vor, welche soeben ihren Ausdruck in der nunmehr erfolgten Zahlung der von den deutschen Kaufleuten auf den Fidji-Inseln verlangten Entschädigungs-Summe (ca. 210,000 Mk.) und in der Proclamation des englischen Protectorats im Niger-Gebiete westlich von Rio del Rey gefunden haben.

In Paris ist die Nachricht von der in Tientsin erfolgten Unterzeichnung des definitiven Friedensvertrags mit China eingetroffen. Der Oberst Herbringer, welcher Langson gerade in dem Augenblick geräumt hatte, wo die ersten Friedensverhandlungen zum Abschluß kamen, hat beantragt, daß er vor ein Kriegsgericht gestellt werde, — doch scheint es, als ob diesem Antrage keine Folge gegeben werden wird, nachdem jetzt das militärische und politische Ziel der tonkingesischen Expedition als erreicht anzusehen ist. Beide Kammern haben sich über den Gesetzentwurf, betreffend die Wiedereinführung des Listenscrutiniums geeinigt; den in diesem Jahre bevorstehenden Neuwahlen zur Deputirtenkammer wird bereits dieser neue Wahlmodus zu Grunde gelegt werden, von welchem sich die Republikaner eine Befestigung der Republik versprechen.

Der Rückzug der Engländer aus dem Sudan vollzieht sich ohne Störung. Die ägyptische Garnison in Kassala ist, da keinerlei Anstalten zu ihrer Rettung getroffen wurden, in die Hände der Sudanesen gefallen. Das Gerücht von der Ermordung des Emirs Abdurrahman von Afghanistan hat keine Bestätigung erhalten.

Die österreichischen Reichsrathswahlen haben ihren Abschluß gefunden und der liberalen Partei eine abermalige Einbuße, der Regierungspartei weiteren Zuwachs zugeführt; auf die Linke fallen nur 132 Mandate, etwa zwanzig haben sie eingebüßt.

Die Cholera hat in Spanien einige Fortschritte gemacht und auch die Hauptstadt ergriffen; das Gerücht von einem Auftreten der Cholera in Aegypten ist von englischer Seite dementirt worden. Die Sanitätsconferenz in Rom hat ihre Beratungen über die Mittel gegen Verbreitung der Cholera fortgesetzt und ist zu hoffen, daß dieselben zu praktischen Resultaten führen werden.

Auf Kreta sind neuerdings Unruhen ausgebrochen, welche durch die Ankunft des jüngst ernannten türkischen Gouverneurs Sabas Pascha veranlaßt wurden, gegen dessen Installation die Repräsentantenkammer protestirt hat. Die fremdländischen Consulen bemühen sich, die Differenzen beizulegen, und hofft man, daß dies auch gelingen werde.

In Rußland sind einige Erhöhungen des Zolltarifs, namentlich bezüglich Eisen-, Stahl- und Kupferwaaren in Kraft getreten, welche von der deutschen freihändlerischen Presse fälschlich als eine Antwort auf die deutsche Zolltarifnovelle bezeichnet werden; diese russischen Zölle sind seit Jahr und Tag projectirt gewesen, sie passen in das bisherige russische Schutzollsystem hinein, bezwecken auch eine Vermehrung der Einnahmen und werden in erster Linie England unbecquem sein. Desgleichen ist vor wenigen Tagen ein Kapitalrentensteuergesetz neu eingeführt worden.